

QUARTALSBERICHT

Projektland: Republik Moldau

Quartal/Jahr: IV/2012

SCHLAGZEILEN

- 1. Barroso wirbt für Europa**
- 2. Moldau kein Paradies für die Investoren**
- 3. Wirtschaftsrückgang im Jahr 2012**

Nach einer Reihe hochrangiger deutscher und europäischer Politiker, einschließlich der Bundeskanzlerin Angela Merkel im August 2012, besuchte im November des Jahres, der Präsident der Europäischen Kommission, Jose Manuel Barroso, Chisinau.

Barroso warb mit diesem Besuch in Chisinau für eine Annäherung der Republik Moldau an die Europäische Union, auch wenn zu dieser Zeit in der Republik Moldau eher Euroskeptizismus vorherrscht. Die parlamentarische kommunistische Opposition - wie auch andere linke Parteien - versucht die Idee einer euroasiatischen Zollunion Russland – Weißrussland – Kasachstan aktiv voranzubringen.

Barroso traf in Chisinau auf eine gesplante Gesellschaft; wie die letzten Umfragen feststellten. Das Stimmungsbarometer vom November 2012 zeigt, dass bei einem eventuellen Volksentscheid 54,7% der Befragten für eine Integration in die EU stimmen würden, 55,8% allerdings würden sich der euroasiatischen Zollunion anschließen. Wenn die Befragten sich während eines Referendums zwischen Europäischer Union und euroasiatischer Zollunion entscheiden müssten, dann würden 22,5% die letzte Option bevorzugen und nur 16,1% die erste. Ausgangspunkt dafür ist die versprochene Senkung des Gaspreises. Dies ist natürlich verlockend für die Mehrheit der moldauischen Gesellschaft und so wächst die Zustimmung zur euroasiatischen Zollunion.

Barrosos Aufenthalt in Chisinau wurde von den Kommunisten boykottiert und von den linken Parteien zu Demonstrationen für die euroasiatische Integration genutzt. Dies hat aber sein Programm nicht weiter berührt: Barroso traf Ministerpräsident Filat, Staatspräsident Timofti sowie Vertreter der parlamentarischen Fraktionen.

Der EU-Kommissionspräsident hat die Republik Moldau gelobt. Barroso betonte die europäische Perspektive für die Republik Moldau. Die politische Assoziierung und wirtschaftliche Integration in die EU sind die beste Option Moldaus, denn Moldau ist ein europäisches Land und die Moldauer sind Europäer, so Barroso.

Er erwähnte die finanzielle Unterstützung von ca. 122 Millionen Euro, die die Republik Moldau 2012 von der EU erhalten hat. Diese Hilfe soll fortgesetzt werden, solange die jetzige Regierung den begonnenen Reformkurs weiterführt und die EU-Mittel zweckgebunden einsetzt. Er hat klar ausgedrückt:

die EU-Gelder müssen transparent verwendet werden, sonst sei die Idee der Demokratie diskreditiert.

Barroso hob die Bedeutung der Verhandlungen über das Assoziierungsabkommen, Freihandelsabkommen und die Visaliberalisierung hervor. Bei der Problematik der Visaerleichterung ist die Republik Moldau in die zweite und letzte Phase der Verhandlungen eingestiegen. Eine Entscheidung diesbezüglich wird wahrscheinlich während des Vilnius–Gipfels vom November 2013 getroffen, abhängig von den erreichten Ergebnissen.

Der hochrangige Gast hat „die Köpfe der moldauischen Politiker nicht nur gestreichelt“. Die moldauische Regierung sollte intensiver die wirtschaftlichen Reformen umsetzen, die Korruption aktiver bekämpfen und die Investoren mehr unterstützen.

Anscheinend wurde das Thema der Korruptionsbekämpfung besonders deutlich beim Parlamentsvorsitzenden, Marian Lupu, angesprochen. Er leitet die Demokratische Partei (sozial-demokratische Ausrichtung), deren stv. Vorsitzender, Vlad Plahotniuc, laut Presse, von Interpol verfolgt wird. Sein Name erschien in fast allen Bankübernahmeskandalen und es wird vermutet, dass er Justiz und Generalstaatsanwaltschaft kontrolliert, um eigene Interessen zu schützen. Man kann nur vermuten, was besprochen wurde, denn das Gespräch war für Marian Lupu nicht besonders erfreulich.

Für den Ministerpräsidenten Filat ist der Weg Moldaus in die EU klar, insbesondere nachdem das Parlament den Vorschlag eines Referendums über die Integration in die euroasiatische Zollunion ablehnte.

Die Bemühungen Moldaus auf dem Weg in die EU sollten aber auch für die ausländischen Investoren klarer sein.

Mit einem Aufkommen ausländischer Investoren von 900 Millionen USD, befindet sich die Republik Moldau auf dem letzten Platz in Europa, was die Direktinvestitionen pro Kopf betrifft, so Dinu Armasu, Vorsitzender des Verbands der ausländischen Investoren.

Drei große Investoren gaben in den letzten Monaten des Jahres ihre Absicht bekannt, in Moldau nicht mehr zu investieren. Es ging um die deutsche Firma *Dräxlmaier*, das amerikanische Unternehmen *Lear Corporation* und das chinesische *Shan Lian International Group*. Grund für alle drei waren die ständigen Schikanen von Seiten der Finanz- und Zollbehörden.

Bezeichnend ist vor allem der Fall des deutschen Unternehmens *Dräxlmaier*. *Dräxlmaier* ist einer der wenigen ausländischen Investoren, der bis heute zwei Fabriken mit rund 2.600 Mitarbeitern in der Freihandelszone Bălzi eröffnet hat. Im November 2012 teilte *Dräxlmaier* nun mit, dass er auf den Bau einer dritten Fabrik mit ca. 2.000 neuen Arbeitsplätzen verzichtet.

Ausschlaggebend für diese Entscheidung sind die ständigen Kontrollen des Finanzamtes und die eigenwillige Interpretation der eigenen Steuervorschriften. Aufgrund einer neuen Auslegung der eigenen Steuervorschriften beanstandeten die Finanzbehörden bei *Dräxlmaier* mehrere „schwere Verstöße“. Das Unternehmen musste einen Betrag von 25 Millionen MDL (1,5 Millionen Euro) als Geldstrafe zahlen.

Ausgang war eine steuerliche Regelung in der Zeit von 2009 bis 2012. In dieser Zeit wurde den Angestellten Verpflegung und Transport gewährt. Dies wurde als materielle Hilfe verbucht. Nach Mitteilung des Finanzamtes Bălzi von 2009 waren diese Zuwendungen steuerfrei.

Drei Jahre später macht das Finanzamt die eigene Entscheidung rückgängig und legt fest, diese Zuwendungen sind nachträglich kranken- und sozialversicherungspflichtig. Dieses willkürliche, rückwirkende und eigenmächtige Handeln der zuständigen Behörden ist für Investoren nicht vertrauensbildend.

Der Regierungschef forderte eine schnelle Lösung für diese Situation. Schließlich wurde das Kontrollgutachten annulliert und die Strafe von 1,5 Millionen Euro aufgehoben. Die entsprechenden Änderungen und Verbesserungen in der Gesetzgebung zu freien Wirtschaftszonen sind inzwischen eingetragen.

Dieses rigide, bürokratische und korrupte Finanz- und Zollsystem schrecken potentielle Investoren in der Republik Moldau ab. Bereits vorhandene Investoren ziehen sich zurück, weil sie sich bedrängt und ungeschützt fühlen.

Zum Glück bleiben alle drei Investoren im Lande. Jedoch müsste diese Situation den Gesetzgeber und das Kabinett alarmieren.

Ein unsicheres Investitionsklima, die Euro-Krise und die Folgen der Trockenheit haben die Wirtschaft der Republik stark getroffen. Am Anfang des Jahres rechnete die Regierung mit einem Wirtschaftswachstum um 5%. Allerdings hat die nationale Wirtschaft einen Rückgang um 0,2% registriert. Dieser Rückgang wurde hauptsächlich von dem Handelsbilanzdefizit verursacht. Die Regierung erhoffte eine Zunahme der Ausfuhren um 8%, aber die Ergebnisse der ersten 10 Monate zeigen, dass der Export unverändert geblieben ist.

Für das Jahr 2013 sollten die Wirtschaftsprognosen optimistischer sein.

Violeta Sandru

Die Autorin ist Büroleiterin der Hanns-Seidel-Stiftung in Chisinau, Republik Moldau

IMPRESSUM

Erstellt: 08.01.2013

Herausgeber: Hanns-Seidel-Stiftung e.V., Copyright 2012

Lazarettstr. 33, 80636 München

Vorsitzender: Prof. Dr. h.c. mult. Hans Zehetmair, Staatsminister a.D.,

Senator E.h.

Hauptgeschäftsführer: Dr. Peter Witterauf

Verantwortlich: Christian J. Hegemer,

Leiter des Instituts für Internationale Zusammenarbeit

Tel. +49 (0)89 1258-0 | Fax -359

E-Mail: iiz@hss.de, www.hss.de